



Herrn Bezirksbürgermeister
Mike Homann
Hauptstraße 85
50996 Köln

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters
Hist. Rathaus
50667 Köln

in der Bezirksvertretung
Rodenkirchen

Torsten Ilg

Bezirksrathaus Rodenkirchen
Hauptstr. 85
50996 Köln

Tel: +49 (221) 84 66 688

Mobil: +49 (172) 60 76 376

Mail: toifan@acor.de

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters:

AN/1210/2014

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	20.10.2014

Die geplante Unterbringung von Fluechtlingen in Containern in Rodenkirchen

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

die Bezirksvertretung Rodenkirchen hat bei ihrer letzten Sitzung einstimmig beschlossen die Verwaltung aufzufordern, mit dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland in Kontakt zu treten um im Stadtbezirk Rodenkirchen eine Flüchtlingsunterbringung auch in deren kleineren Immobilien zu ermöglichen bzw. auf den unbebauten Grundstücken von Land und Bund die Errichtung von Wohncontainern für Flüchtlinge zuzulassen.

Ich beantrage deshalb die Verwaltung der Stadt Köln aufzufordern, den Baubeginn weiterer Containerdörfer im Kölner Süden mindestens so lange zu stoppen, bis vom Land NRW und von der Bundesrepublik Deutschland ein entsprechendes Antwortschreiben erfolgt ist.

Begründung:

Der Protest der Anwohner in den betroffenen Standorten in Bayenthal (Koblezer Straße) und in Rhondorf/Hochkirchen ist aus meiner Sicht nachvollziehbar. Die zweifelhafte Unterbringung von Flüchtlingen in Containerdörfern wird sowohl vom Flüchtlingsrat, als auch von der AfD scharf kritisiert. Die Tatsache, dass aufgrund der weltweit verschärften Sicherheitslage mit einem stärkeren Zustrom von Flüchtlingen zu rechnen ist, war schon länger abzusehen. Dass nun auch in Köln aufgrund von Vorgaben des Bundes und des Landes NRW, verstärkt auf diese Form der Unterbringung zurückgegriffen wird, ist aus meiner Sicht nur dadurch zu erklären, dass seitens der Kölner Verwaltung und der Politik, über Jahre hinweg versäumt wurde, den Bund und auch das Land NRW verbindlich aufzufordern, zusätzliche finanzielle

Mittel zum Bau von ausreichend Wohnraum bereitzustellen. Es ist nicht tragbar, dass die Stadt Köln 80% der Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen zu tragen hat! Entsprechende Bauprojekte die eine gemischte Nutzung von Wohnraum vorsehen, sind natürlich teurer als Containerdörfer. Wer aber hinterfragt die Kosten die durch die Bewachung und Instandhaltung solcher langjährigen Provisorien entstehen? Viele Bürger fürchten zu Recht einen Anstieg von Gewaltdelikten, sowie den Wertverlust ihrer eigenen Immobilien in den betroffenen Stadtteilen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Torsten Ilg